

Transkript
der Rede von

Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen

„Stark und wettbewerbsfähig –
Eine Europäische Union für das 21. Jahrhundert“

bei der Veranstaltung von Allianz SE
und Stiftung Marktwirtschaft

„Quo vadis Europa?“

am 8. Oktober 2013

in Berlin

Die Krise hat uns die Defizite Europas klar vor Augen geführt: mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe von Ländern, übertüncht durch eine schuldenfinanzierte Scheinblüte der Wirtschaft statt nachhaltigem Wachstum.

Und wo ein Eingreifen Europas erforderlich war, sind institutionelle Mängel sichtbar geworden.

Die Globalisierung und ihre Herausforderungen sind die überzeugendste Begründung für die weitere europäische Einigung.

Wir wollen kein deutsches, sondern ein starkes Europa. Es muss in jedem Fall ein global wettbewerbsfähiges Europa sein.

Deswegen haben wir umfangreiche Reformen begonnen: Bei aller Kritik – man muss es zwischendurch immer wieder aufzählen:

Eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik ist heute in Europa verbindlicher, als sie es war.

Man kann darüber streiten, ob es ausreicht, aber man kann nicht bestreiten, dass wir Fortschritte gemacht haben.

Die Koordinierung von nationalen Finanz- und Haushaltspolitiken ist besser geworden.

Die Kontrollen sind besser.

Die Reformvorgaben sind besser.

Die Sanktionen sind empfindlicher.

Und das gilt übrigens nicht nur im Euro-Raum, sondern das gilt mutatis mutandis in der ganzen Europäischen Union.

Wir haben nationale Schuldenbremsen verankert.

Wenn man vor zwei Jahren vorhergesagt hätte, wir würden innerhalb der gesamten EU so etwas Ähnliches wie die Schuldenbremse des deutschen Grundgesetzes einführen, hätte man bestenfalls Gelächter geerntet.

Heute ist es aber Realität.

Wir haben einen permanenten

Krisenbewältigungsmechanismus – genannt ESM – geschaffen.

Er schafft Zeit für Reformen und erstickt Ansteckungseffekte auf andere Länder –

was derzeit – wie die Lage auf den Finanzmärkten zeigt – ganz gut funktioniert.

Ich sage nicht, dass alle Probleme gelöst sind.
Und viele der Lösungen, die wir gefunden haben,
werden von manch einem nur als „second-best“ bezeichnet.
Aber „second-best“ ist meistens besser als nichts.
Und immerhin, es werden erste Erfolge sichtbar:

Die Eurozone erholt sich langsam von der längsten Rezession
ihrer Geschichte und kehrt allmählich zu Wachstum zurück.
Die durchschnittliche Neuverschuldung in allen Mitgliedsländern
der Eurozone ist gegenüber 2009 praktisch halbiert.

Wir sind auf dem richtigen Weg.
Und jetzt kommt es darauf an,
bei den Reformen Kurs zu halten.
Weil wir nur so die Krise wirklich hinter uns lassen.
Weil wir nur so nachhaltiges Wachstum erreichen.
Und weil wir nur so neue Arbeitsplätze in Europa schaffen
werden.

Also müssen die begonnenen Strukturreformen konsequent
fortgesetzt werden.

Ich glaube nicht,
dass wir eine andere Wahl haben,
wenn wir im weltweiten Wettbewerb mithalten wollen.
Und wir müssen uns auf den Weltmärkten behaupten.

Der globale Druck ist hoch.

Und deswegen vermute ich, dass auch die neue Bundesregierung nicht von diesem europäischen Reformkurs abweichen wird.

Strukturreformen sind der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und zu nachhaltigem Wachstum. Haftungsvergemeinschaftung oder auch Euro-Bonds führen zum Gegenteil.

Die Ökonomen nennen das Fehlanreize.

Und Fehlanreize sind auch unser Hauptproblem bei vielen unserer innenpolitischen Reformen.

Wenn wir in den Sondierungsgesprächen über das Bund-Länder-Verhältnis oder über die Kommunal Finanzen sprechen, ist das mit das schwierigste Thema.

Wie vermeiden wir Fehlanreize?

Europa wird eben nicht stark, wenn es Schwäche vergemeinschaftet.

Und im Übrigen – bei aller Zurückhaltung, die sich für einen Finanzminister geziemt:

Auch die Geldpolitik allein kann einen Ausweg aus der Krise nicht bieten.

Geldpolitik kann nicht nachhaltiges Wachstum schaffen.

Sie kann etwas Zeit für Reformen kaufen.

Aber sie kann die Probleme in Europa nicht lösen.
Alles andere ist eine Illusion.

Die EZB hat ihren Beitrag zur Krisenbekämpfung geleistet.
Aber die Defizite Europas kann die EZB nicht beheben.
Und das kann auch nicht ihr Anspruch sein.
Das ist Aufgabe der Politik.

Die wirtschaftliche Lage in Europa bessert sich.
Aber sie ist noch nicht wieder ganz gefestigt.
Also müssen wir alles tun, um Fehlanreize zu vermeiden.
Das gilt im Übrigen auch für unsere internen Sondierungen und
sonstigen Debatten, die wir in den nächsten Tagen und
Wochen führen.

Deswegen bin ich auch schon ganz froh,
dass sich die Erkenntnis verbreitet,
dass die Höhe von Steuereinnahmen mehr eine Folge von
Wachstum und Beschäftigung als von Steuersätzen ist.
Das muss man gelegentlich in Erinnerung rufen.

Wir müssen den eingeschlagenen Weg unserer
Konsolidierungs- und Sanierungspolitik Schritt für Schritt
weitergehen.

Das heißt, die Reformen in den Programmländern der Eurozone müssen konsequent fortgesetzt werden.

Die Haushalte müssen weiter saniert werden.

Hier zeichnen sich erste Erfolge ab –

in Irland, in Portugal, in Spanien, auch in Griechenland.

Die Arbeitsmärkte und Sozialsysteme müssen reformiert werden.

Die Rahmenbedingungen müssen wirtschaftsfreundlich gestaltet werden.

Im Übrigen gibt es eine Reihe von Ländern,

in denen vor allen Dingen auch die Verwaltungen, Rechts- und Steuersysteme modernisiert werden.

Zunehmend erkennen auch Ökonomen, dass die sogenannten institutionellen Rahmenbedingungen mit die wichtigsten Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum sind.

Diese Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen der Wirtschaft, der Unternehmen, auszurichten – das ist wachstumsfreundliche Politik.

Und darum brauchen wir im Übrigen auch in der gesamten Europäischen Union:

gesunde öffentliche Haushalte,
einen gewissen Vorrang für Zukunfts- und
Wachstumsorientierung –
vor allem angesichts der demographischen Entwicklung und
des hohen Anteils von Sozialleistungen im Verhältnis zur
gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft.

Wir brauchen die Bereitschaft,
sich neuer wirtschaftspolitischer Steuerung zu öffnen und zu
kooperieren.

Und wir brauchen gute Rahmenbedingungen für
unternehmerisches Handeln.

Weil Reformen Zeit brauchen, bis sie ihre Wirkung entfalten,
begleiten wir die Reformprozesse in den Programmländern
durch sinnvolle Hilfen.

Der wirtschaftliche Gesundungsprozess Europas,
der die Wettbewerbsfähigkeit verbessert,
bringt es mit sich,
dass all die Geschäftsmodelle und Unternehmen,
die nicht nachhaltig finanziert oder krisenfest aufgestellt waren,
gefährdet sind und zum Teil wegfallen werden.

Wir haben das bereits Anfang der 1990er Jahre bei den teilweise sehr schmerzhaften Transformationsprozessen in unserem eigenen Land und überall in Osteuropa erlebt.

Das bringt für viele Menschen Opfer mit sich.

Und so ist heute die hohe Arbeitslosigkeit in einer Reihe von europäischen Ländern,

insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit in fast allen europäischen Ländern,

eine Katastrophe.

Solche Anpassungsprozesse sind schmerzhaft und zugleich unvermeidlich.

Sie können abgefedert werden.

Und man kann helfen, sie zu beschleunigen.

Aber man kann sie letzten Endes nicht vermeiden.

Und auf der anderen Seite ist,

wenn man sich die Entwicklung in einigen Programmländern ansieht –

ich empfehle die Betrachtung der spanischen Zahlen –

Licht am Ende des Tunnels.

Ich gebe zu, wir sind noch im Tunnel,

aber das Licht an seinem Ende ist sichtbar.

Jedenfalls kann man nichttragfähige Wirtschaftsmodelle nicht durch immer höhere Verschuldung und auch nicht durch Gelddrucken retten.

Darüber werden wir auch beim IWF und beim G20-Treffen in Washington diskutieren müssen.

Man verlängert mit dem Versuch, über die Finanz- und Geldpolitik das Problem zu lösen, in Wahrheit nur das Problem und die Krise.

Natürlich bilden Unternehmen mit wirtschaftlichen Problemen keine Nachwuchskräfte aus oder reduzieren ihre Arbeitsplätze, was im Zweifel immer dazu führen wird, dass die meist jüngeren Beschäftigten, weil sie zuletzt eingestellt worden sind, zuerst entlassen werden.

Auch deswegen haben wir die besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit, mit der sich Europa nicht abfinden kann.

Wir können nicht eine ganze Generation oder ganze Jahrgänge ausklammern.

Wenn wir eine verlorene Generation in Europa entstehen lassen würden, wäre das für die Akzeptanz des europäischen Modells verheerend.

Und im Übrigen ist die Gefahr von Millionen arbeitsloser Jugendlicher auch eine Gefahr für die Demokratie, für die Akzeptanz unserer freiheitlichen Ordnung, und für die Akzeptanz Europas.

Wir dürfen unsere Kinder nicht an Populisten und Extremisten verlieren.

Wir sind ein demographisch alter Kontinent.

Und deswegen brauchen wir natürlich umso mehr unsere junge Generation.

Sie ist die Zukunft.

Sonst haben wir keine.

Aus diesem Grund ist es aus der Sicht der bisherigen Bundesregierung besonders wichtig, den unternehmerischen Mittelstand in Europa, insbesondere in den Programmländern, zu stärken.

Weil wir dort am ehesten auch kurzfristig Beschäftigung schaffen können – auch im Bereich der Ausbildung.

Denken Sie an die Leistungsfähigkeit unseres dualen Ausbildungssystems in Deutschland.

Deswegen haben wir die Europäische Investitionsbank in die Lage versetzt, sich in größerem Umfang in diesem Bereich zu engagieren. Sie kann kleinen und mittleren Unternehmen – einer zentralen Säule für Beschäftigung – mit zinsgünstigen Krediten unter die Arme greifen.

Und im EU-Haushalt haben wir 6 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt. Für die Mitgliedstaaten mit einer überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit stehen aus den EU-Strukturfonds 16 Milliarden Euro zur Verfügung.

Zusätzlich leisten wir bilateral Hilfe:

Wir unterstützen Portugal beim Aufbau einer Förderbank.

Wir haben Griechenland Hilfen für den in Aufbau befindlichen Förderfonds in Aussicht gestellt.

Und wir helfen Spanien mit einem Globaldarlehen der KfW in Höhe von 800 Mio. Euro zur Förderung spanischer Unternehmen – vor allem kleiner und mittlerer.

All diese Mittel müssen nun ihre Wirkung entfalten.

Wir beraten unsere spanischen Partner bei der Einführung eines neuen Berufsausbildungsmodells nach dem Vorbild unseres Dualen Systems, weil wir generell glauben, dass man mit der dualen Berufsausbildung in Europa die Jugendarbeitslosigkeit effizienter bekämpfen kann. Wo wir die duale Ausbildung in Europa haben, ist die Jugendarbeitslosigkeit signifikant niedriger als in anderen Ländern.

Darüber hinaus ist die Mobilität in der Übergangszeit ein Schlüssel zum Erfolg.

Wir brauchen Mobilität, um schnell aus der Krise herauszukommen.

Es ist deswegen entscheidend, dass wir den offenen europäischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt nutzen, den wir ja haben.

Ausbildungsinteressierte Jugendliche und arbeitslose Fachkräfte aus Europa sind in Deutschland willkommen. Ihnen wird auch bei den Kosten für Reise und Sprachkurse unter die Arme gegriffen.

Auch das ist mit Spanien vereinbart worden.

Und das steht auch für andere Länder zur Verfügung.

Wir haben bereits wichtige Schritte gemacht.

Wir sind aber noch nicht am Ziel.

Es liegen noch wichtige Stationen vor uns.

Natürlich gehört zur Vorbeugung künftiger Krisen auch, dass die Finanzmärkte deutlich besser reguliert sind.

Und wenn ich gesagt habe,

die Jugendarbeitslosigkeit ist eine Gefahr für die Stabilität unserer Demokratie,

so will ich hinzufügen:

Wenn wir eine Wiederholung der Krise,

wie wir sie unter dem Namen Lehman Brothers hatten, erleben würden,

bin ich nicht sicher,

ob die Akzeptanz unserer rechtsstaatlich-demokratischen Systeme überleben würde.

Und deswegen ist es wichtig,

dass wir einen regulatorischen Ansatz verankern.

Und da ist das Entscheidende,

dass man dem Haftungsprinzip Geltung verschafft.

Wir müssen das Geld der Steuerzahler bei Bankenkrisen besser schützen als bisher.

Das ist mit den bisherigen Regelungen ein ganzes Stück weit erreicht.

Aber ein zentraler institutioneller Eckpfeiler für Europa ist noch nicht vollendet:

die Bankenunion.

Mit ihr wollen und können wir die Risiken aus dem Finanzsektor stärker von den Risiken der Staatsverschuldung trennen.

Dazu brauchen wir die notwendigen rechtlichen Grundlagen.

Wir brauchen eine einwandfreie Vertragsgrundlage.

Ohne Vertragsänderungen kommen wir in einer Reihe von Fragen allenfalls zu „second-best“-Lösungen.

Deswegen sind wir entschieden für eine begrenzte Vertragsänderung – aber das braucht Zeit.

Deswegen hat die Bundeskanzlerin zusammen mit dem französischen Präsidenten einen Zweistufenplan für die Bankenunion besprochen.

Die Idee dahinter ist:

Wir machen jetzt in einem ersten Schritt das, was nach den geltenden Verträgen zweifelsfrei und auf einwandfreier Grundlage möglich ist.

Und weil das nur eine „second-best“-Lösung ist, ändern wir in einem zweiten Schritt so schnell wie möglich die Verträge.

Bereits beschlossen haben wir eine gemeinsame Bankenaufsicht.

Sie kann ihre Arbeit in der zweiten Hälfte 2014 aufnehmen.

Damit wird die Aufsicht über die 130 größten Kreditinstitute der teilnehmenden Mitgliedstaaten auf die Europäische Zentralbank übertragen,

so dass der Europäisierung der Banken die Europäisierung der Aufsicht folgt.

Das Ziel sind exzellente Aufsichtsstandards in ganz Europa.

Ein funktionierendes Bankensystem ist ganz zentral für hochmoderne Volkswirtschaften.

Die nächsten Schritte sind ein harmonisiertes Abwicklungsregime und ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus.

Auch hier ist es wichtig, die richtigen Anreize zu setzen, um schädlichen Versuchungen und Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Eine zentrale Forderung von uns ist immer, dass Entscheidungszuständigkeit und Finanzierungszuständigkeit in einer Hand liegen.

Nur so kann Fehlentwicklungen bei großen Banken frühzeitig entgegen gesteuert und rechtzeitig eingegriffen werden.

Wenn wir Entscheidungs- und Finanzierungszuständigkeit trennen,
besteht ein Anreiz,
Probleme größer werden zu lassen und sie am Ende auf andere zu verlagern.

Für die Bundesregierung ist von hoher Bedeutung,
dass wir anhand der EU-Richtlinie zur Abwicklung und Sanierung von Finanzinstituten eine klare und vorrangige Beteiligung von Eigentümern und Gläubigern an den Abwicklungskosten strauchelnder Banken erreichen.
Dieser „Bail-In“ muss nicht nur vorhersehbar und handhabbar sein,
sondern er muss auch so umfassend sein,
dass eine Belastung der Steuerzahler künftig so weit wie irgend möglich ausgeschlossen beziehungsweise nach hinten geschoben ist.

Wer Rendite mit Risiko macht, der soll auch dafür haften.
Es geht eben nicht an, dass nur der Gewinn privat ist und die Haftung am Ende beim Steuerzahler liegt.
Daher werden wir darauf achten, dass die im Europäischen Finanzministerrat vereinbarte Haftungskaskade,
die wir im Rahmen des Restrukturierungsmechanismus bereits beschlossen haben,
auch im Trilog mit dem Europäischen Parlament bestätigt wird.

Und für das Element der Bankenabwicklung,
im Rahmen des europäischen Abwicklungsmechanismus,
liegt nun ein Vorschlag der EU-Kommission vor,
der nach einer ersten Debatte auf dem informellen Rat in
Vilnius nicht mehrheitsfähig ist.

Der Abwicklungsmechanismus muss so ausgestaltet werden,
dass Banken im Notfall rechtzeitig, effektiv und effizient
abgewickelt werden können,
anstatt der Gemeinschaft zur Last zu fallen.

Die Budgethoheit der Mitgliedstaaten muss unangetastet
bleiben.

Alles andere wäre durch die geltenden Verträge nicht gedeckt.

Deswegen noch einmal:

Der Abwicklungsmechanismus muss auf einer klaren und
unstreitigen Rechtsgrundlage beruhen.

Wir können uns keine Rechtsunsicherheiten leisten.

Sie würden in einem konkreten Abwicklungsfall die Abwicklung
einer Bank erheblich behindern.

Man stelle sich vor, es wird eine Abwicklungsentscheidung
tatsächlich notwendig und dann bestehen Zweifel an der
rechtlichen Qualität und Konsistenz einer solchen Regelung!

Im Übrigen darf auch nicht sein,
dass die EU-Kommission in eine Situation kommt,
in der sie gleichzeitig Beihilfe- und Abwicklungsbehörde ist.
Das wäre ein noch stärkerer Interessenkonflikt,
als der von Geldpolitik und Bankenaufsicht,
den wir mit einer Art „Chinesischer Mauer“ adressiert haben.
Das ist auch eine „second-best“-Lösung.
Wir sollten die EU-Kommission nicht in einen solchen
Interessenkonflikt bringen.

Deswegen sage ich noch einmal:

Der Abwicklungsmechanismus auf Basis des jetzt vorliegenden
Vorschlags der EU-Kommission kann so nicht funktionieren.

Nach unserem Zweistufenplan,
den die Bundeskanzlerin und der französische Präsident im
Juni angesprochen haben und für den wir wieder und wieder
werben,
sollten wir uns in einer ersten Stufe ohne Vertragsänderung auf
ein zentrales Abwicklungsgremium stützen,
das aus den nationalen Abwicklungsbehörden
zusammengesetzt ist,
und das die Entscheidungen für die grenzüberschreitenden
Fälle treffen sollte.

Sinnvoll ist auch, die Funktionsweise des Abwicklungsmechanismus an die künftige europäische Aufsicht anzupassen.

Das heißt:

Nicht alle Banken, sondern nur die künftig von der EZB direkt beaufsichtigten, systemrelevanten, grenzüberschreitenden Banken sollten auch in den Anwendungsbereich des Abwicklungsmechanismus fallen.

Bei der gegebenen institutionellen Zuständigkeitsverteilung muss jede Haftungsvergemeinschaft ausgeschlossen bleiben.

Für einen zentralen Abwicklungsfonds nach dem Modell der EU-Kommission sehen wir derzeit keine stabile Rechtsgrundlage.

Wenn die durch den Bankensektor finanzierten nationalen Fonds nicht ausreichen sollten, muss das jeweilige Sitzland der Bank weiterhin in der Verantwortung stehen.

Auch das ist Teil der Haftungskaskade Eigentümer – Gläubiger – Mitgliedstaaten:

Der ESM kann nur als letzter Ausweg in Betracht kommen, wenn ein Mitglied nicht mehr leistungsfähig ist.

Und für jede ESM-Beteiligung wird ein nationales Anpassungsprogramm eine „conditio sine qua non“ sein.

Wir müssen auch bei der europäischen Einlagensicherungsrichtlinie vorankommen. Deswegen ist es gut, dass die Präsidentschaft die Verhandlungen, die anderthalb Jahre auf Eis lagen, wieder aufgenommen hat.

Es kommt heute nicht nur darauf an, den Finanzsektor in Europa sicherer zu machen. Wir müssen Europa insgesamt stabiler machen.

Die Krise hat viele Schwächen in Europa offengelegt – ich sagte ja bereits, in der Krise sind dort, wo wir handeln mussten, die Schwächen der Institutionen und Strukturen sichtbar geworden.

Deswegen brauchen wir mittelfristig eine intelligent vertiefte Integration.

Wir brauchen europäische Institutionen, die besser demokratisch legitimiert sind und die ihren Aufgaben gerecht werden.

Wir sollten auch die Wirtschafts- und Währungsunion in der begonnenen Weise weiter stärken.

Wir brauchen noch mehr Einigkeit in der Analyse volkswirtschaftlicher Defizite und Schwachstellen.

Wir können die Verbindlichkeit der wirtschafts- und haushaltspolitischen Steuerung, auch von Haushaltsvorgaben und Reformauflagen, noch weiter steigern,

Und ich kann mir –

auch im Rahmen der geltenden Verträge –

eine europäische Instanz,

sei es die Kommission oder ein Kommissar,

vorstellen,

die nationale Haushalte kontrolliert und zurückweisen kann, wenn sie den gemeinsamen Regeln nicht entsprechen.

Und im Streitfall sollte man darüber nicht nur den Rat eine politische Entscheidung treffen lassen,

sondern den Europäischen Gerichtshof anrufen –

und das ist auch möglich.

Wir haben eine ähnliche Regelung zur Durchsetzung von Regeltreue beim Wettbewerbskommissar.

Mit fast unbestritten guten Erfolgen.

Die Staats- und Regierungschefs von Deutschland und Frankreich haben vorgeschlagen, Europas Reformprozesse auch durch intergouvernementale vertragliche Vereinbarungen, insbesondere in der Koordinierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik, voranzubringen.

Ich sage noch einmal:

Intergouvernementale Lösungen sind immer „second-best“. Institutionelle Lösungen sind besser.

Sie brauchen aber in der Regel Vertragsänderungen.

Und deswegen sind gelegentlich intergouvernementale Lösungen „better than nothing“.

Insofern kann man mit solchen Verträgen, die die Kommission mit einzelnen Ländern abschließt, den Reformprozess oder die Bereitschaft der Länder zu Reformen entsprechend verstärken.

Und deswegen ist es gut, mit dieser Vorgehensweise schrittweise voranzukommen.

Wir werden die Regierungsführung in der Eurozone weiter stärken.

Ich befürchte fast,

dass die Geschichte mit den zwei Geschwindigkeiten uns eher noch ein Stück weiter in diese Richtung tragen wird.

Auf Dauer sind zwei Geschwindigkeiten allerdings nur ein Instrument auf dem Weg zu einem einheitlich integrierten Europa.

Aber um ein Stück voranzukommen, werden wir übergangsweise wahrscheinlich noch für einige Zeit in diese Richtung gehen müssen.

Deswegen haben Frankreich und Deutschland auch im Mai vorgeschlagen, das Europäische Parlament in die Entscheidungen der Eurozone besser einzubinden.

Das kann man relativ einfach machen, indem man aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Ländern der Eurozone ein „Eurozonen-Parlament“ macht. Insofern sind Schritte in diese Richtung auch schon vor Vertragsänderungen möglich.

Und dann muss man natürlich versuchen, über Vertragsänderungen das in Angriff zu nehmen, was bei der Ausgestaltung der Bankenunion ohne Vertragsänderungen nicht optimal gelöst werden kann: Bei der Bankenaufsicht wäre eine Trennung von Aufsicht und Geldpolitik über das hinaus, was nach Artikel 127 AEUV geht, wünschenswert.

Aber dazu braucht man eine entsprechende Vertragsänderung. Das gilt entsprechend für einen zentralen Abwicklungsfonds oder auch für die von der EU-Kommission vorgeschlagenen zentralen Entscheidungsstrukturen.

Und ich würde es sehr begrüßen, wenn auch die Nicht-Euro-Staaten an der EU-Bankenaufsicht teilnehmen.

Immerhin fehlt noch eine Reihe von ganz besonders wichtigen Mitgliedern.

Die Zeit drängt, Europa weiterzuentwickeln.

Und dennoch werden wir das Ziel einer intelligent vertieften Integration Europas nur Schritt für Schritt erreichen – und wahrscheinlich auch nicht immer mit allen EU-Mitgliedern zeitgleich.

Deswegen bleibt auch Pragmatismus geboten, weil wir über die Vision die Realität nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Aber das ist kein Gegensatz zur Definition des Ziels:

Wir wollen ein starkes, ein handlungsfähiges, ein wettbewerbsfähiges Europa!

Und entgegen aller Probleme und aller Skepsis:
Ich bin davon überzeugt,
dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat:
Wenn wir weiter Kurs halten,
wenn wir die notwendigen Reformen in Europa weiter
vorantreiben,
und wenn wir bei den begonnenen Reformen und ihrer
Umsetzung die Effizienz steigern.
Das ist möglich.

Das Gegenteil wäre der Abstieg in die Mittelmäßigkeit.
Wir würden uns selbst banalisieren –
mit dramatischen wirtschaftlichen Konsequenzen und
verheerenden sozialen und politischen Auswirkungen.
Es wäre eine Absage an ein Europa,
das international wettbewerbsfähig ist.

Dieses Europa muss seinen Menschen eine
Zukunftsperspektive geben können.
Nur wenn es politisch stabil bleibt,
wenn Extremismus keine Chance hat,
wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit selbstverständlich
sind,
werden wir unsere Aufgabe erfüllen können.

Und dazu brauchen wir eine Volkswirtschaft,
die in der voranschreitenden Globalisierung und Digitalisierung
bestehen kann.

Die auch weiterhin globale Marktführer hervorbringen kann.

Die innovativ und wettbewerbsfähig sein muss.

Ich sagte schon,

wir haben eine schwierigere demographische Entwicklung als
andere,

wir haben ein höheres Bedürfnis nach sozialer Absicherung als
andere –

umso mehr müssen wir innovativ und wettbewerbsfähig sein.

Nur dann werden wir Europäer in der Welt des
21. Jahrhunderts Gehör finden können.

Nur dann werden wir unsere Werte und Ideen einsetzen
können.

Nur dann werden wir diese Welt mitgestalten können.

Beherrschen können wir sie Gott sei Dank nicht mehr.

Aber ein wenig auf sie Einfluss nehmen,

wie es auf ihr zugehen sollte und wie nicht,

sollten wir immer noch.

Und wenn wir weiter unsere Hausaufgaben machen,

können wir das auch schaffen.

Aber dass wir unsere Hausaufgaben machen,
das nimmt uns niemand ab,
und deswegen, meine Damen und Herren,
haben wir es selbst in der Hand.